

EMISSIONSHANDEL

Klimaschutz zum Spottpreis

Der Emissionshandel steckt in der Krise: Die Preise rauschen in die Keller, das Vertrauen in das System schwindet. Nun will die Politik gegensteuern.

VON Marlies Uken | 18. Januar 2012 - 18:23 Uhr

© Sean Gallup/Getty Images



Das Kohlekraftwerk Jämschwalde

Selten war es für Unternehmen günstiger, auf den Klimaschutz zu pfeifen. Gerade einmal sechs Euro kostet zurzeit ein CO₂-Verschmutzungsrecht an der Leipziger Strombörse – das ist der tiefste Stand seit 2008. Noch vor einem halben Jahr lag der Preis für ein Verschmutzungszertifikat bei rund 18 Euro. Für die Firmen ist es mittlerweile billiger, die Tonne Kohlendioxid auszustoßen und dafür einfach zu bezahlen. Von "verzerrten Marktpreisen" spricht Felix Matthes, der Energieexperte des Öko-Instituts. "Der Markt untertreibt momentan komplett."

Rund 20 bis 30 Euro müsste der Preis für ein Zertifikat betragen, damit die Unternehmen anfangen, in Klimaschutz zu investieren, schätzen Experten. Doch offenbar funktioniert der Markt im Moment nicht so, wie er geplant wurde. Wer als Unternehmen CO₂ ausstößt, muss für jede Tonne ein Verschmutzungsrecht ausweisen. Entweder er kauft dieses am Markt oder er investiert in eine Maßnahme, die den Ausstoß des Klimagases reduziert. Die Entscheidung hängt vom Preis der Verschmutzungsrechte ab. So war es ursprünglich gedacht.

Das Problem ist nur: Weil zu viele Emissionszertifikate auf dem Markt sind, liegt der CO₂-Preis am Boden. Zum einen wurde der Großteil der Zertifikate in der ersten Handelsperiode 2005 bis 2007 dank der erfolgreichen Lobbyarbeit der Industrie kostenlos ausgegeben. Die

Unternehmen schlugen trotzdem die Kosten für die Zertifikate auf den Strompreis auf – und erwirtschaften dadurch zusätzliche Gewinne .

Die Preise werden niedrig bleiben

Nun, in der zweiten Handelsperiode, fällt zudem die Wirtschaftskrise ins Gewicht. Weil die Produktion insgesamt sinkt, brauchen die Unternehmen weniger Zertifikate. Die Nachfrage sinkt, der Preis fällt. Zudem startet ab dem kommenden Jahr eine neue Handelsphase. Die Firmen können dann erstmals ungenutzte Emissionsrechte in diese nächste Handelsperiode hinüberretten.

In diesem Jahr kommen außerdem noch mehr Emissionsrechte auf den Markt, da der Flugverkehr in das Handelssystem aufgenommen wird. Die Folge ist ein Überangebot an Zertifikaten. **Auch in der dritten Handelsperiode werde es keine "Gesamtknappheit" geben, schätzt Jürgen Hacker vom Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz. Vermutlich werden die Preise noch länger niedrig bleiben.**

Das ist ein Problem. Denn das Vertrauen in den CO₂-Markt schwindet. Zwar zeigt der aktuelle Preis eine Knappheit an. **Allerdings würden auch Spekulanten den CO₂-Preis nach oben und nach unten treiben, sagt der Experte Hacker. Keiner wisse, wo die tatsächlichen Grenzvermeidungskosten für eine Tonne CO₂ liegen. "Das aber sollte das System offen legen", sagt Hacker. "Diese Orientierung liefert das System derzeit nicht."**

Die dauerhaft niedrigen Preise haben auch finanzielle Folgen. Denn die Einnahmen aus dem Emissionshandel sind längst für den Energie- und Klimaschutzfonds verplant. Dieses Sondervermögen hatte die Regierung im vergangenen Jahr aufgelegt, um Energie- und Klimaschutzmaßnahmen zu finanzieren. Der Fonds soll nicht nur Mittel für den Ausbau der Elektromobilität bereitstellen, sondern etwa auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und internationale Klimaschutzmaßnahmen finanzieren.

Eigentlich sollte der Fonds ein jährliches Volumen von 780 Millionen Euro haben. Finanziert werden sollte er zuerst aus freiwilligen Zahlungen der AKW-Betreiber und eben aus den Erlösen aus dem Handel mit Emissionsrechten. Weil die AKW-Konzerne nach dem Fukushima-Atomunglück und dem Atomausstieg aber ihre Zahlungen einstellten, nahm der Fonds nur 75 Millionen Euro ein. Im vergangenen Jahr machte das noch nicht viel, weil insgesamt nur 47 Millionen Euro ausgegeben wurden.

In diesem Jahr ist die Lage eine andere. Von den AKW-Betreibern ist seit dem Atomausstieg kein Geld mehr zu erwarten – und die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden weitaus geringer ausfallen als geplant. Mit im Schnitt 17 Euro je Zertifikat hatte die Bundesregierung gerechnet – nicht mit sechs. Der aktuelle Preis bilde die Erwartungen für 2011 nicht vollständig wieder, heißt in Kreisen der Bundesregierung.

Bis März will sich das Bundesfinanzministerium die Preisentwicklung noch anschauen. Dann muss es dem Haushaltsausschuss seine Pläne vorlegen, wie sich der Klimafonds

zukünftig finanzieren soll. Im Ernstfall wird es einen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt geben müssen. Doch auch der ist nicht unbegrenzt. Maximal 78 Millionen Euro sind im Gespräch. Eine erkleckliche Summe, wenn man bedenkt, welches Volumen der Fonds einmal haben soll: rund 2,5 Milliarden Euro im Jahr.

Auch auf internationaler Ebene sorgt der Preiseinbruch für enorme Probleme, denn Erlöse aus dem Zertifikatehandel sollen eigentlich den *Green Climate Fund* speisen, so sehen es die Beschlüsse der Klimakonferenz in Durban vor. Er soll ärmeren Ländern bei Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen helfen. Zum einen werden nun die Einnahmen fehlen, zudem droht diplomatisches Ungemach: Denn gerade die Entwicklungsländer willigten auf dem Gipfel den Allianzen mit Industrienationen nur unter der Bedingung zu, dass es finanzielle Unterstützung gibt. "Wenn die Finanzierung des Green Climate Fund wackelt, dann sind auch die Klimaallianzen in Gefahr", warnt Reimund Schwarze vom Climate Service Center in Hamburg.

Kaum überraschend, dass die Bundesregierung betont, dass sich die Preise für Emissionsrechte nachhaltig erholen müssten. Doch wie soll das gehen? Wichtig wäre, dass die Menge der Zertifikate verknappt wird. Das passiert zwar bereits jetzt. Jedes Jahr sinkt die Gesamtmenge um 1,74 Prozent, damit die insgesamt ausgestoßene CO - Emission sinkt. Weil der derzeitige Pfad jedoch nicht ausreicht, um den Preisverfall zu verhindern, will die Politik die Zahl der Zertifikate künstlich verknappen. Das könnte über die Energieeffizienz-Richtlinie geregelt werden, welche die EU diskutiert.

Kurz vor Weihnachten sprach sich der Umweltausschuss des Europaparlaments etwa dafür aus, ab 2013 die Zahl der Zertifikate um 1,4 Milliarden zu mindern .

Die Märkte reagierten prompt, der Preis schnellte um rund ein Drittel auf mehr als neun Euro hoch – wenn auch nur kurz . Für Fachleute wie Hacker ist das ein Zeichen dafür, dass das System prinzipiell funktioniert. Nun wird der Vorschlag kommende Woche im Industrieausschuss beraten. Allerdings ist dort das Interesse an steigenden CO -Preisen naturgemäß gering. Im Plenum des EU-Parlaments und in der Kommission herrscht eher Zurückhaltung.

Kurzfristig wird der Preisverfall wohl anhalten. Fachleute halten gar in den kommenden vier Wochen einen Preis von fünf Euro je Verschmutzungszertifikat für möglich. Für den Politikberater Matthes ist entscheidend, was passiert, wenn die Wirtschaftskrise überwunden ist. "Wenn der CO -Preis nicht anzieht, haben wir ein ernsthaftes Problem." Matthes fordert eine Verschärfung der europäischen Emissionsziele und bringt als "letztes Instrument" auch einen Mindestpreis für CO -Verschmutzungsrechte ins Gespräch. Die britische Regierung hat eine solche Regel im vergangenen Jahr eingeführt.